

## nachrichten

**Anschlag auf Atomforscher in Iran**

**TEHERAN.** Ein iranischer Atomwissenschaftler ist gestern in Teheran durch einen Bombenanschlag ums Leben gekommen, ein zweiter wurde durch einen weiteren Sprengsatz verletzt. Zunächst bekannte sich niemand zu den Anschlägen. Präsident Ahmadinejad machte umgehend Israel, aber auch den Westen für die Anschläge verantwortlich. Das Atomprogramm werde dessen ungeachtet fortgeführt. SDA

**Zapatero verliert Wahlen in Katalonien**

**BARCELONA.** Die Sozialisten des spanischen Ministerpräsidenten Zapatero haben bei einer Regionalwahl in Katalonien ein Debakel erlitten. Sie verzeichneten in Spaniens wirtschaftsstärkster Region das schlechteste Ergebnis ihrer Parteigeschichte und müssen die Macht an die Opposition der Nationalisten abgeben. Katalonien (7,5 Millionen Einwohner) war sieben Jahre lang von einer Linkskoalition regiert worden. Neben den Sozialisten verloren auch deren Partner Stimmen. DPA

**Gaddhafi fordert von der EU Milliarden**

**TRIPOLIS/KAIRO.** Mit einem ausschweifenden Vortrag über die Weltpolitik hat der libysche Staatschef Muammar al-Gaddhafi gestern in Tripolis den dritten EU-Afrika-Gipfel eröffnet. Dabei drohte er den Europäern, diesen nicht länger bei der Eindämmung der illegalen Einwanderung zu helfen. Libyen wolle von der EU für die Bekämpfung fünf Milliarden Euro haben. Falls die Europäer ihn im Kampf gegen die Migration nicht unterstützen sollten, werde er diesen einstellen, sagte Gaddhafi. Dann werde der «christliche, weisse» Kontinent Europa «schwarz». SDA

**Oslo nimmt Müll aus Neapel**

**ROM/OSLO.** Neapel erstickt weiter im Abfall. Doch während sich norditalienische Regionen dagegen sträuben, in ihren Deponien und Verbrennungsanlagen den Müll aus Neapel zu entsorgen, ist er in Skandinavien offenbar höchst willkommen. Neapel feilt derzeit offenbar an einem Abkommen mit der norwegischen Hauptstadt Oslo und womöglich auch mit schwedischen Gemeinden, die den italienischen Unrat übernehmen wollen. Rund 200 000 Tonnen Müll sollen jährlich aus Süditalien per Schiff nach Skandinavien verfrachtet werden, zum Preis von 90 Euro pro Tonne. SDA

**England beschränkt Narkosemittel-Export**

**LONDON.** Die britische Regierung hat eine Ausfuhrbeschränkung für ein Narkosemittel in die USA angeordnet, das dort bei Hinrichtungen eingesetzt wird. Das Mittel soll nicht mehr für diesen Zweck in die USA geliefert werden. Nach einer Anweisung des Ministers für Wirtschaft und Entwicklung benötigen Unternehmen für den Export des Medikaments Sodium Thiopental in die USA nun eine Lizenz. Dafür müssen sie nachweisen, dass der Stoff lediglich für medizinische Anwendungen verwendet wird, nicht aber für Hinrichtungen. Sodium Thiopental ist ein Narkosemittel und wird Häftlingen vor der tödlichen Giftspritze injiziert. SDA

**Wahlen unter Betrugsverdacht**

Unregelmässigkeiten und Vorwürfe dominieren Haitis Präsidentenwahl

KLAUS EHRINGFELD, Port-au-Prince

**Das unter einer Cholera-Epidemie leidende Haiti ist am Sonntag ins politische Chaos gestürzt: Wegen angeblicher Behinderungen der Präsidenten- und Parlamentswahlen durch die Regierung forderten 13 Kandidaten die Annullierung.**

Die Nacht nach dem turbulenten Tag in Haiti blieb ruhig. Doch das ist möglicherweise nur die Ruhe vor dem Sturm: Beobachter schliessen nicht aus, dass die Proteste gegen die Wahlen wieder aufgenommen werden.

Denn die Abstimmungen haben dem geschundenen Land nicht die erhoffte Stabilität gebracht. Sie verliefen chaotisch und voller Unregelmässigkeiten und genügten keinen demokratischen Standards. 13 der 18 Präsidentschaftskandidaten verlangten noch während des Wahltages die Annullierung des Urnengangs wegen angeblich «massiven Betrugs» seitens der Regierungspartei Inité (Einheit). Während der Wahlrat CEP die Abstimmung am Sonntagabend noch als «erfolgreich» bezeichnete, äusserte die UNO-Stabilisierungsmission Minustah ihre «tiefe Besorgnis über die zahlreichen Regelverstösse». Konsequenzen gibt es bisher nicht.

Bei dem Urnengang kam es zu jeder denkbaren Unregelmässigkeit. Wählerlisten waren unvollständig oder führten Menschen auf, die bei dem Beben vom 12. Januar ums Leben gekommen waren. An vielen Orten wurden die Wähler bedroht oder ihre Stimme wurde vernichtet, wenn sie nicht den Kandidaten angekreuzt hatten, der dem Vorstand des Wahllokals lieb war. Wahllokale wurden gestürmt, Urnen zertrümmert oder bereits vor der Abstimmung mit angekreuzten Zetteln gefüllt.

**UNGELIEBTER PRÄSIDENT.** Hintergrund der Betrugsversuche könnte sein, dass die Regierung von Präsident René Préval ihren Kandidaten Jude Célestin mit Macht bereits in der ersten Runde durchbringen will, da sie Probleme für die zweite Runde befürchtet, die für den 16. Januar geplant ist. Denn die Bevölkerung lehnt den 48-jährigen Célestin mehrheitlich

ab, weil sie in ihm den verlängerten Arm des ungeliebten Präsidenten Préval sieht. «Jude pa pase» – Jude wird nicht durchkommen – skandierten in den Tagen vor der Wahl Anhänger aller Oppositionskandidaten.

Der Wahlrat CEP, den die Mitglieder der Regierungspartei Inité dominieren, erklärte die Abstimmung trotz der Vorwürfe für gültig. Trotz einiger Unregelmässigkeiten bestehe kein Grund, die Wahl zu annullieren, sagte der Vorsitzende des CEP, Gaillot Dorsainvil. Lediglich in 56 der 1500 Wahllokale hätte es Probleme gegeben.

**RUHE BEWAHREN.** Von entscheidender Bedeutung wird sein, wie sich die internationalen Wahlbeobachter zu der Abstimmung äussern. Die Minustah rief Politiker und Bevölkerung auf, «unbedingt Ruhe zu bewahren». Präsidentschaftskandidaten wollen ihr weiteres Vorgehen beraten.

In mehreren Teilen Haitis kam es am Sonntagabend zu Protesten, Menschen bauten Barrikaden, sperrten Strassen und zündeten Autoreifen an. In Aquin, im Süden des Inselstaates, kamen während der Wahl mindestens zwei Menschen ums Leben.

Der Vorwurf des Wahlbetrugs wiegt dieses Mal besonders schwer, da der künftige Präsident Haitis den Wiederaufbau des Landes nach dem Erdbeben vor knapp einem Jahr leiten muss. Er braucht eine starke Legitimation, damit die Internationale Gemeinschaft und die Geldgeber im Besonderen Vertrauen in den neuen Staatschef haben. Das scheint nach dem Ausgang des ersten Wahlgangs nun fast nicht mehr möglich, da dem letztlich Sieger immer der Verdacht anhaften wird, bei seinem Sieg sei es nicht mit rechten Dingen zugegangen. Die Ergebnisse des ersten Wahlgangs sollen am 7. Dezember vorliegen.

Die Internationale Gemeinschaft, allen voran die UNO, wird kein Interesse an einer Annullierung der Wahl haben. Dies würde bedeuten, dass Präsident Préval noch länger als bis zum 7. Februar im Amt bleiben könnte. Aber der Staatschef ist bei der Bevölkerung extrem unbeliebt.



Wutausbrüche. Wahllokale wurden zerstört, die Stimmzettel vernichtet. Foto Keystone

**Kein Krisenende in Moldawien**

Wahlen klären Machtfrage nicht

**CHISINAU.** Bei der Parlamentswahl in Moldawien haben die regierenden pro-europäischen Kräfte ihre Position zwar mit leichten Zugewinnen verteidigt, die oppositionellen Kommunisten wurden jedoch erneut stärkste Einzelpartei mit knapp 41 Prozent der Stimmen. Ein Ende der schweren Krise in der Ex-Sowjetrepublik ist damit auch nach der dritten Parlamentswahl innerhalb von eineinhalb Jahren nicht in Sicht. Die Kräfteverhältnisse im Parlament bleiben so kompliziert, dass die Wahl eines neuen Präsidenten dort wieder schwierig wird. Mit ihren 44 von 101 Mandaten können die Kommunisten die überfällige Präsidentenwahl im Parlament wie bisher blockieren, weil dafür 61 Stimmen notwendig sind. Dafür aber fehlen der zerstrittenen Regierungskoalition aus pro-westlichen Kräften vier Sitze.

Die Kommunisten boten an, ausser mit der Liberaldemokratischen Partei mit allen anderen über eine Regierungsmehrheit zu verhandeln. Die Liberaldemokraten von Regierungschef Vlad Filat kamen auf 28,4 Prozent (31 Sitze), die Demokratische Partei um den Politiker Marian Lupu erreichte 13 Prozent (15 Sitze) und die Liberale Partei 9 Prozent (11 Sitze). Die vierte Regierungspartei verfehlte den Einzug ins Parlament. «Wir wollen im Dialog eine Regierung des nationalen Vertrauens bilden, um die Krise zu beenden», sagte Kommunistenchef und Ex-Präsident Wladimir Voronin. Er kündigte Gespräche mit Lupu an. Ein solches Bündnis der ehemaligen Staatspartei mit den Demokraten hätte zwar mit 59 Sitzen eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus. Ihm fehlten aber zwei Stimmen zur Wahl eines Präsidenten. SDA

**Beim Klima geht es um die Macht**

Ein Erfolg in Cancún könnte Vorbild für andere Verteilungskonflikte sein

CHRISTIAN MIHATSCHE, Cancún

**Der Klimawandel ist ein Umweltproblem. Doch Klimapolitik ist nicht Umwelt-, sondern Wirtschafts- und Machtpolitik. Das weiss keiner besser als die G2: die USA und China. Beide haben Angst, durch zu viel Kooperation ihre machtpolitischen Optionen zu begrenzen.**

Das Konferenzzentrum ist gesichert, wie die Grüne Zone in Bagdad. Panzerwagen auf den Zufahrtsstrassen. Soldaten mit dem Finger am Abzug ihrer Maschinengewehre. Sicherheitsschleusen, Hunde, die nach Sprengstoff suchen. Die mexikanische Regierung hat offensichtlich Angst vor einem Angriff auf die Klimakonferenz in Cancún. Und dies nicht ohne Grund: In der vergangenen Woche haben mexikanische Spezialeinheiten eine Gruppe von Männern verhaftet, die detaillierte Pläne der Sicherheitsvorkehrungen im Moon Palace, dem Konferenzzentrum, besaßen.

Aber auch im Konferenzzentrum geht es nicht nur um die Umwelt. Den kleinen Inselstaaten geht es ums Überleben, den Opec-Ländern um Einbussen im Ölgeschäft, den Europäern ums Klima und die Wirtschaft und einigen Entwicklungsländern schlicht um Geld. Doch zwei Staaten geht es noch um etwas anderes: um Macht. Denn das Klimaproblem ist ein Ressourcenkonflikt.

Soll die Klimaerwärmung auf zwei Grad begrenzt werden, dürfen nur noch 400 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>

in der Atmosphäre abgelagert werden. Die Atmosphäre ist deshalb eine knappe Ressource und in Cancún wird darüber verhandelt, wer diese Ressource nutzen darf. Letztlich besteht somit kaum ein Unterschied zwischen dem Zugang zur Atmosphäre und dem Zugang zu Land, Wasser, Nahrungsmitteln oder knappen Rohstoffen.

«Grundsätzlich ist es ein grosser Fehler, Klimapolitik abgetrennt von den grossen Themen der Globalisierung zu diskutieren. Man muss sich von der Illusion freimachen, dass internationale Klimapolitik Umweltpolitik ist», sagt Ottmar Edenhofer, Ökonom am Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, in der NZZ. Der Zugang zu Ressourcen ist seit alters her eine Frage der Machtpolitik. Und so verwundert es nicht, dass die grössten machtpolitischen Player der Welt am wenigsten zu Zugeständnissen in der Klimapolitik bereit sind: die USA und China.

**RESSOURCENKONFLIKTE.** Im Gegensatz zu kleineren Ländern, die auf ein kooperatives und rechtsbasiertes Umfeld angewiesen sind, können die G-2 die Durchsetzung ihrer Interessen auch erzwingen. Daher sind sie besonders zurückhaltend, wenn es darum geht, einen potenziellen Präzedenzfall zu schaffen, wo sie freiwillig auf diese Option verzichten und sich einem multilateralen System unterordnen. Denn wenn die Klimaverhandlungen Erfolg haben,

könnte der Verhandlungsansatz auch auf andere Ressourcenkonflikte angewendet werden, etwa die Nahrungsmittelversorgung oder die Knappheit wichtiger Rohstoffe.

**SORGEN ÜBER MISSEFOLG.** Vor diesem Hintergrund kommt den Warnungen, dass ein Misserfolg in Cancún die Bedeutung der UNO-Klimaverhandlungen nachhaltig beschädigen würde, besondere Bedeutung zu. «Die Konsequenzen eines Misserfolgs in Cancún sind etwas, worüber man sich Sorgen machen sollte. Dies könnte bedeuten, dass wir nicht mehr alleine auf die UNO-Verhandlungen setzen», sagt Jonathan Pershing, der Chef-Unterhändler der Vereinigten Staaten. Der Versuch, eine multilaterale Lösung für den Klimawandel zu finden, wäre gescheitert. Das Problem: Anders lässt sich die Klimakrise kaum meistern, sagt Edenhofer: «Derzeit gibt es drei Ideen, wie man die schwierige Kooperation (zwischen den Ländern) umgehen kann: Man verlegt sich auf unsichere Experimente wie das Geo-Engineering, man konzentriert sich auf den Ausbau von sauberer und sicherer Energie, oder man vertraut auf regionale und lokale Lösungen. Es gibt allerdings keinen Hinweis darauf, dass eine der Ideen das Problem löst.» Die Machtfrage muss also entschieden werden, wenn der Klimawandel begrenzt werden soll. Ohne Kooperation geht es nicht.